

SN-FAKTCHECK
Deutsch für Flüchtlinge

Babylonisches Sprachgewirr um Deutsch



Fürs (Über-)Leben lernen ...

in 190 Quartiere und zu privat untergebrachten Flüchtlingen. 1800 Asylbewerber haben an den VHS-Kursen teilgenommen. (Insgesamt sind 4750 Asylbewerber im Land untergebracht. 700 davon leben in Bundesquartieren, auf deren Deutschunterricht das Land keinen Einfluss hat.) Landesrätin Berthold fordert eine Vereinbarung zwischen Bund und Ländern in der Abstimmung der Sprachförderung.

Was kosten die Kurse für Asylbewerber?

Das Land hat im Vorjahr 278.600 Euro für die Leistungen der VHS bezahlt. 50.000 Euro bekam die Diakonie für die Organisation ihres Freiwilligennetzwerks. 40.000 Euro zahlte die Stadt. Darin sind 72 Sprachtrainer im Einsatz. Das Land fördert auch noch Initiativen, die nicht direkt, aber indirekt dem Spracherwerb dienen, zum Beispiel Patenschaften.

Wie viele Kurse müssen anerkannte Flüchtlinge besuchen,

Deutsch lernen ist nicht ab dem ersten Tag Pflicht. Wer Mindestsicherung bezieht, hat aber gar keine andere Wahl, als einen Kurs zu absolvieren.

SYLVIA WÖRGETTER
HEIDI HUBER

SALZBURG. Alle Politiker wollen, dass Flüchtlinge Deutsch lernen. Aber das ist gar nicht so einfach.

Müssen Flüchtlinge Deutsch lernen? Ja und nein. Wer noch keinen positiven Asylbescheid hat, kann in den Asylquartieren Deutsch lernen. Man muss allerdings nicht. Pflicht wird der Besuch eines Deutschkurses, sobald ein Flüchtling einen positiven Asylbescheid erhalten hat und Mindestsicherung beantragt.

Wann ist Deutsch freiwillig und wie viele lernen freiwillig?

Solange Menschen noch auf ihren Asylbescheid warten. In den Flüchtlingsquartieren der Grundversorgung werden zwar meist Deutschkurse angeboten – gehalten von Freiwilligen oder der Volkshochschule (VHS). Laut Auskunft der Volkshochschule nehmen rund 40 bis 80 Prozent der Bewohner in den Quartieren freiwillig an den Kursen teil. Pessimistischer ist die Einschätzung von Sirikit Reuchlin, die seit Langem in der Flüchtlingshilfe aktiv ist und Deutschkurse im Zeltlager in der Alpenstraße gegeben hat. „Ein Drittel der Asylbewer-

ber nimmt an den Kursen teil, zwei Drittel nicht.“ Sie fordert: „Ethik und Sprachunterricht müssen vom ersten Tag an Pflicht sein.“ Es sei zu spät, mit jahrelanger Verzögerung mit dem Spracherwerb zu beginnen. Frühes Deutschlernen bringe nur Vorteile: Wer einen positiven Asylbescheid erhalte und bereits Deutsch könne, finde schneller Arbeit. Wer mit einem negativen Bescheid in sein Heimatland zurückmüsse, habe dort mit den erworbenen Kenntnissen bessere Chancen. Laut Auskunft des



A. Hagenauer, Vizebürgermeisterin

„Damit sie schneller aus der Mindestsicherung kommen.“

Landes ist die Motivation zu lernen bei jenen hoch, die die Kurse besuchen. Es gebe kaum Abbrüche. Ein Problem sei aber die Fluktuation, etwa durch Verlegungen in andere Quartiere.

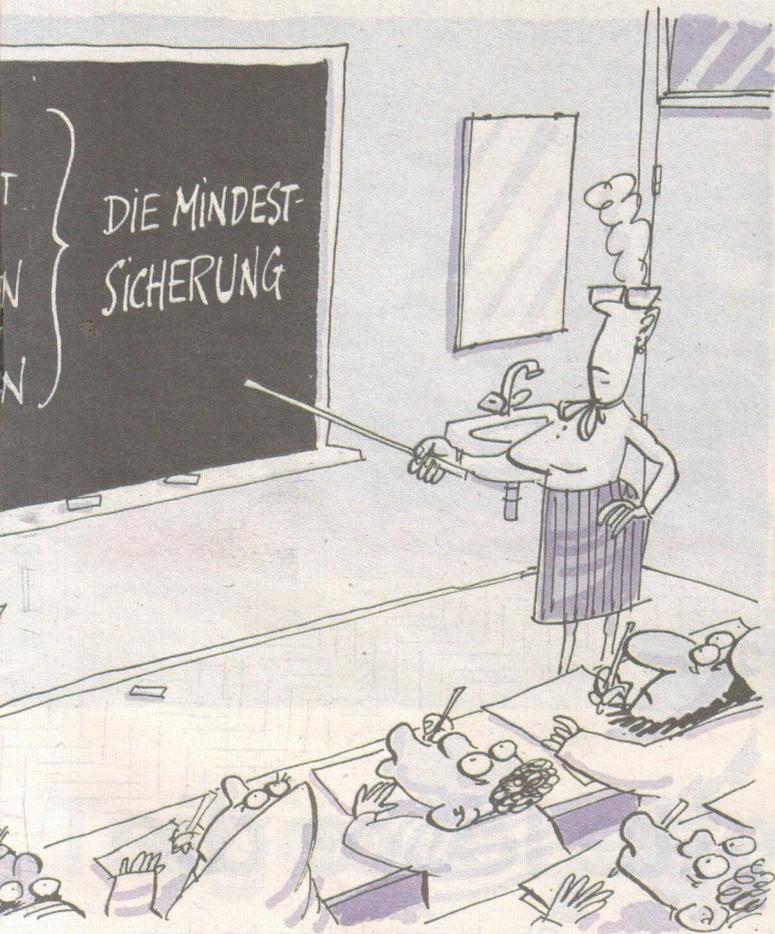
Wie viel Unterricht ist Pflicht?

Verpflichtend ist der Besuch des Deutschkurses, sobald der Asylbescheid positiv ist – das war im Vorjahr im Bundesland 650 Mal

der Fall – und Mindestsicherung bezogen wird. Anerkannte Flüchtlinge in der Stadt müssen dann für vier Stunden täglich, fünf Mal pro Woche und über sechs Wochen lang die Volkshochschule besuchen und nach 120 Stunden Kurs die Prüfung zum Deutschniveau A1 (Grundniveau) ablegen. Das ist auch Voraussetzung, um überhaupt über das AMS Arbeit finden zu können. Denn das AMS verlangt A1-Niveau und bietet dann A2-Kurse an. Derzeit läuft der siebte Kurs der Volkshochschule – in Summe haben also seit August rund 150 Asylberechtigte den Grundkurs besucht und eine Prüfung abgelegt (die fast alle schaffen).

Wer unterrichtet Asylbewerber, also jene, die auf einen Asylbescheid warten?

Wie gesagt: Die Volkshochschule und Freiwillige. Im Ressort von Flüchtlingsreferentin Martina Berthold (Grüne) schätzt man, dass etwa 500 Freiwillige als Deutschlehrer im Bundesland im Einsatz sind. Über die von ihnen geleistete Stundenzahl gibt es keine Statistiken. Anders bei der Volkshochschule (VHS), mit der das Land zusammenarbeitet. Sie hat 2015 mit 70 Lehrern 168 Kurse gegeben. Die Lehrer fuhren dazu



WWW.SALZBURG.COM/WIZANY

um Mindestsicherung zu erhalten? Den Grundkurs.

Was passiert, wenn sie Deutschkurse nicht besuchen?

Deutschkurse sind laut Mindestsicherungsgesetz eine Maßnahme zur besseren Vermittelbarkeit oder zur Verbesserung der Arbeitsfähigkeit. Sollte jemand an dieser Maßnahme absichtlich nicht teilnehmen, kann die Mindestsicherung sukzessive gekürzt werden. Zuerst um 25 Prozent, dann um 50, und in schwerwiegenden Fällen auch darüber hinaus. Beim städtischen Sozialamt heißt es, es gebe maximal eine Handvoll Fälle, die den Besuch von Deutschkursen verweigert hätten, und bei denen die Mindestsicherung gekürzt werden musste. Spätestens nach der ersten Kürzung würden die meisten „begreifen, worum es geht“.

Wer bietet Deutschkurse für anerkannte Flüchtlinge an?

Das sind wieder die großen Bildungsinstitute wie VHS, Bfi und

Wifi. Aber auch die Universität Salzburg, die Diakonie oder private Sprachschulen bieten Kurse an. Der österreichische Integrationsfonds erkennt 15 solcher Anbieter an. Das Arbeitsmarktservice stuft die Flüchtlinge je nach ihren Vorkenntnissen in die Kurse ein. Besucht werden können Kurse bis zum Niveau B2, das entspricht mittelguten Kenntnissen.

Wer bezahlt die Deutschkurse?

Die Stadt finanziert gerade Grundkurse an der Volkshochschule für 500 Asylberechtigte um 95.000 Euro. Die Rechnung von Vize-Bgm. Anja Hagenauer (SPÖ) lautet: 190 Euro pro Asylberechtigtem investieren, damit dieser raschestmöglich aus der Mindestsicherung kommt und Arbeit findet. Das spare dann ja auch Geld. Ansonsten zahlt das AMS in jedem Fall 750 Euro zu den Kursgebühren dazu. Und das bis zu einem Niveau von B2. Das weitere Erlernen der deutschen Sprache muss jeder Betroffene für sich bewerkstelligen.

Eine Binsenweisheit und Null-Auswirkungen

STANDPUNKT

Sylvia Wörgetter



Zuwanderer müssen Deutsch lernen, egal ob es sich um Flüchtlinge oder um Arbeitsmigranten handelt. Diese Forderung ist politisches Allgemeinut. Ohne Sprache keine Integration.

Bei so viel angeblichem Willen von politischer Seite fragt sich nur: Warum können dann so viele Zuwanderer Deutsch gar nicht oder nur unzulänglich? Warum gibt es Frauen, die nur in Begleitung eines sprachkundigen Kindes den Arzt konsultieren können? Warum unterrichten 500 Freiwillige Flüchtlinge in Deutsch, statt dass dies von der öffentli-

chen Hand bezahlte Lehrer tun? Warum sind Deutschkurse erst Pflicht, sobald ein anerkannter Flüchtling Mindestsicherung bezieht? Warum muss die Sprache nicht schon während der langen Wartezeit auf einen Asylbescheid erlernt werden?

Weil es leicht ist, etwas zu fordern. Aber ungleich schwieriger, a) viel Geld aufzutreiben, um guten Deutschunterricht zu bezahlen, b) eine Unterrichtspflicht zu etablieren und diese c) notfalls auch mittels wirksamer Sanktionen durchzusetzen.

Es herrscht heilloser Kompetenzwirrwarr zwischen den Gebietskörperschaften. Und es scheint so, als wollte niemand etwas daran ändern. Denn so ist jeder ein bisschen zuständig, aber keiner verantwortlich.

SYLVIA.WOERGETTER@SALZBURG.COM

Bayerns Polizei schickte 1428 Flüchtlinge zurück

SALZBURG. Seit November weisen die deutschen Behörden an der Grenze zu Freilassung zahlreiche Flüchtlinge ab. 1428 Personen hat die Salzburger Polizei an der Grenze wieder übernommen. Die meisten dieser Personen kommen aus Marokko und Algerien. Von den 1428 Abgewiesenen stellten 324 einen Asylantrag in Salzburg. Diese Personen werden dann im Polizeianhaltezentrum erkennungsdienstlich behandelt und befragt, heißt es von Salzburgs Polizei.

Sollte es keine Beweise geben, dass sie aus Slowenien oder einem anderen EU-Land nach Österreich kamen, würden sie nicht dorthin zurückgebracht. Die Personen halten sich aber illegal in Österreich auf, nun sei das Bundesamt für Asylwesen (BFA) zuständig.

Die Polizei würde die Personen auffordern, sich dort zu melden, das BFA würde über aufenthaltsbeendende Maßnahmen entscheiden, heißt es vonseiten der Salzburger Polizei.

Tatsächlich würden aber auch einige Flüchtlinge in Salzburg untertauchen, heißt es aus dem Büro von Asyllandesrätin Martina Berthold. Zudem lebten auch noch 190 Flüchtlinge mit einem negativen Asylbescheid in Quartieren des Landes Salzburg. Auch für das Notquartier in Lieferung sind die abgewiesenen Flüchtlinge ein Problem. Die Stadt Salzburg möchte dort die Bereiche für Transitflüchtlinge und für Abgewiesene bis Ende Jänner klar trennen und deren Versorgung dem Bund überlassen. Der Großteil der Flüchtlinge wird aber von Deutschland übernommen, derzeit täglich rund 900. prl